

Ausschuss für Inneres und Sport

(113. - öffentliche - Sitzung am 23. Februar 2017)

Beratungsthemen:

1. **Integration in die Gesellschaft durch Arbeit, Bildung und Familie**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/6433](#)

Der Ausschuss schloss die in der 112. Sitzung am 16. Februar 2017 begonnene Unterrichtung durch die Landesregierung ab.

2. **Entwurf eines Gesetzes über die Neubildung der Stadt Helmstedt, Landkreis Helmstedt**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/7292](#)

Die Landesregierung stellte die Grundzüge des Gesetzentwurfs vor. Anschließend beriet der Ausschuss diesen und empfahl dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 des GBD anzunehmen.

Die mündliche Berichterstattung übernahm Abg. Bernd Lynack (SPD).

3. **Konsequent gegen gefährliches Verhalten im Straßenverkehr**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/6247](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **Digitale Verwaltung in Niedersachsen voranbringen - modern, sicher und bürgerfreundlich!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/6907](#)

Der Ausschuss setzte die Antragsberatung fort. Auf Wunsch der Fraktion der CDU, die weiteren fraktionsinternen Beratungsbedarf anzeigte, kam der Ausschuss überein, die Beschlussfassung zu vertagen.

5. **Videoüberwachung ist ein wertvolles Instrument für mehr Sicherheit - Die Landesregierung muss es stärker nutzen und bessere rechtliche Voraussetzungen schaffen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6682](#)

Der Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Er empfahl dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP und gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, den Antrag abzulehnen.

6. **Die Landesregierung soll der Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat zustimmen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/7275](#)

Der Ausschuss nahm die in der 111. Sitzung erbetene Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache und bat die Landesregierung, ihm in schriftlicher Form folgende Informationen nachzureichen:

- *Bundesweite Anerkennungsquoten von Asylbewerbern aus Maghreb-Staaten im Jahre 2016,*
- *Anzahl der freiwilligen Rückführungen im Jahre 2016,*
- *Verfahrensdauer der Asylverfahren von Personen aus Maghreb-Staaten im Jahre 2016,*
- *Anzahl der Personen, die aufgrund einer durch Ausweisungshindernisse nicht vollziehbaren Ausweisung in einen als sicher eingestuften Herkunftsstaat einem Beschäftigungsverbot unterliegen,*
- *Entwicklung der Eingangszahlen von Anträgen auf Asyl beim BAMF, bezogen auf Niedersachsen, im Jahre 2017.*

7. Unterrichtung durch die Landesregierung über die Abschiebung einer Familie nach Bulgarien

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Erweiterung der Tagesordnung:

Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über den am 9. Februar 2017 erfolgten Einsatz der Polizeidirektion Göttingen

Der Ausschuss führte die am 16. Februar 2017 begonnene Unterrichtung durch die Landesregierung fort und führte darüber eine Aussprache.